

„Gespräch mit Javier Solana, europäischer Hoher Vertreter für die Außenpolitik“ in Le Monde (29. März 2003)

Legende: In einem Gespräch mit der französischen Tageszeitung Le Monde, das am 29. März 2003 erschien, erläutert der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union Javier Solana, welche Aufgaben ihm als Hohem Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bei der internationalen Krisenbewältigung zukommen, und betont die Verantwortung der Mitgliedstaaten der Union, gemeinsame Standpunkte zu finden, solange sie die Befugnisse in der Außenpolitik behalten.

Quelle: Le Monde. 29.03.2003. Paris. "Javier Solana, haut représentant européen pour la politique étrangère", p. 10.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gesprach_mit_javier_solana_europaischer_hoher_vertreter_fur_die_au%C3%9Fenpolitik_in_le_monde_29_marz_2003-de-4ee778d5-62b4-4d94-bb2c-e2eb7658293d.html



Publication date: 03/08/2016

Javier Solana, Hoher Vertreter der EU für die Außenpolitik

Die USA müssen die Rolle der UNO im Irak akzeptieren

Seiner Meinung nach kann es keine gemeinsame europäische Außenpolitik geben, wenn sich Frankreich und Großbritannien nicht einig sind

Das Gespräch führte Laurent Zecchini

Europa wird wegen seiner fehlenden Einigkeit kritisiert, weil es für eine gemeinsame Außenpolitik noch nicht reif ist. Würden Sie dieser Ansicht zustimmen?

Nein. Ich bin auch der Meinung, dass sich Europa in einer sehr wichtigen Frage nicht einig ist. Auf der anderen Seite muss man anerkennen, dass die EU erst vor kurzem begonnen hat, diese Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) aufzubauen. Außerdem haben wir nicht beschlossen, Beschlüsse auf diesem Gebiet mit qualifizierter Mehrheit zu fassen, und haben schon gar keine einheitliche Außenpolitik beschlossen.

Es ist daher übertrieben, die ganze Schuld auf die GASP zu schieben. Die zwei europäischen Länder, die ständige Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sind, [Großbritannien und Frankreich] sind nicht einer Meinung, das ist eine Tatsache. Europa hat sich bemüht, die Folgen dieser fehlenden Einigkeit zu begrenzen, indem es eine Pufferrolle übernahm. In Wahrheit sind wir uns in einem gemeinsamen Anliegen nicht einigt,, nämlich der Abrüstung des Irak.

Auch Sie werden von diesen Kritikern nicht verschont: Was macht der Hohe Vertreter, um eine führende Rolle der EU zum Ausdruck zu bringen?

Ich übernehme die volle Verantwortung, aber nur, wenn es sich um die meine handelt. Ich habe alle nur möglichen Anstrengungen unternommen, um den Schaden zu begrenzen. Ich bin in alle europäischen Hauptstädte gereist, habe mit den Amerikanern gesprochen und wiederhole: Wenn der französische Präsident und der britische Premierminister sich nicht einig sind, können Sie den besten Kandidaten für den Posten des Hohen Vertreters finden, es wird einfach nicht funktionieren.

Frankreich und Großbritannien haben sich für die Einrichtung des Amtes des Hohen Vertreters eingesetzt, aber es sind auch die beiden Länder, die am eifersüchtigsten an ihren außenpolitischen Vorrechten festhalten: Gab es nicht von Anfang an eine Ambivalenz hinsichtlich Ihrer Rolle?

Die europäischen Länder haben aus historischen und politischen Gründen eine eigene nationale Außenpolitik, die sich auf manchen Gebieten voneinander unterscheidet. Das Zusammenlegen dieser nationalen Eigenheiten wird eine Weile dauern. Ich bin seit drei Jahren Hoher Vertreter. Ich glaube, dass wir in dieser Zeit vorangekommen sind. Stellen wir uns einen Moment vor, dass es diese Irak-Krise nicht gäbe: Am Montag werden wir den ersten Militäreinsatz Europas in Mazedonien beginnen – unter europäischer Flagge. Dies ist in äußerst kurzer Zeit möglich geworden: Saint-Malo [*der französisch-britische Gipfel, der es ermöglichte, dass die europäische Verteidigung ihren Aufschwung erlebte*] war erst 1998.

Wie sieht ein möglicher Ausweg aus der Krise für die Europäer und zwischen Europäern und Amerikanern aus?

Die unterschiedlichen Ansichten der Europäer im Hinblick auf den Irak sind keine große Überraschung. Was die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln angeht, ist das ein Problem, das uns noch über Jahre begleiten wird. Man muss zugeben, dass dies für uns Europäer – im Unterschied zu den USA – nicht eine der vordringlichsten Sorgen war. Gleichzeitig glauben wir nicht, dass der Einsatz von Gewalt das erste Mittel zur Krisenbewältigung sein darf.

Wir können die Krise überwinden, indem wir in die Zukunft blicken. Wir können es nicht riskieren, beim

nächsten Schritt, d.h. bei der territorialen Integrität des Irak, der zentralen Rolle der Vereinten Nationen, der humanitären Hilfe, der Situation im Nahen Osten usw., uneinig zu sein. Bei all diesen Problemen müssen wir erst eine aufrichtige Diskussion untereinander und dann mit den Amerikanern führen, um zu einer Einigung zu gelangen.

Zeigt diese Krise nicht, dass ein großer Teil der Europäer hier nicht die gleichen Vorstellungen hat wie die Regierung Bushs?

Wahrscheinlich. Viele Europäer teilen die strategische Wahl der Amerikaner nicht. Eine zentrale Frage hierbei ist der Präventivschlag. Ich kann nicht im Namen aller Europäer sprechen, aber es ist klar, dass viele diese Doktrin beunruhigt, da es die Kernfrage in der Welt nach dem Kalten Krieg ist.

Befürchten Sie, dass die Tatsache, dass Washington einseitig in einen Krieg eintritt, eher eine dauerhafte Tendenz aufzeigt – und nicht nur eine Episode ist?

Ich hoffe nicht. Ich hoffe, dass die multilateralen Strukturen weiter im Zentrum der internationalen Politik bleiben. Die USA müssen die Rolle der Vereinten Nationen im Irak akzeptieren, insbesondere, um nicht als eine Besatzungsmacht zu erscheinen.

Welche Lehren müssen aus dieser Krise für die europäische Verteidigungspolitik gezogen werden?

Dass es schneller und auf ernstere Weise vorangehen muss: Man muss der europäischen öffentlichen Meinung, die sich in dieser Krise zu Wort gemeldet hat – und das ist zweifellos ein positiver Aspekt – sagen, dass man die Heuchelei hinter sich lassen muss: Wenn wir eine Rolle spielen wollen, brauchen wir die entsprechenden finanziellen Mittel, um über militärische Möglichkeiten zu verfügen. Wir wollen heute eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne spielen, aber gleichzeitig sind wir nicht bereit, Opfer zu bringen, um unsere Militärausgaben zu erhöhen. Es ist eine klare Botschaft, die ich an die Politiker in Europa richte: Sie müssen mit den Europäern sprechen, mit allen Europäern, und nicht nur mit ihren eigenen Mitbürgern.